

## Preispolitik

## Geheime Dispo-Zinsen

Noch hat sich die Verbraucherschutzministerkonferenz nicht auf eine gesetzliche Begrenzung der Zinsen für Dispositionskredite einigen können. Dass vielfach zu hohe Sätze berechnet werden, darüber waren sich die Minister auf der Sitzung vom 12. bis 14. September 2012 einig. Das Damoklesschwert einer weiteren Regulierung hängt also über der Branche.

Vor diesem Hintergrund ist es sicher ungut, dass die Transparenz über die aktuellen Dispo-Zinsen bei einigen Instituten zu wünschen übrig lässt. Dies ergab eine Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen im Auftrag des Bundesverbraucherschutzministeriums. Und auch eine stichprobenartige Untersuchung des Onlinevergleichsportals Girokontovergleich.org stützt diese These. Insgesamt wurden dabei zehn Banken angerufen, um die aktuellen Dispositionszinsen zu erfragen. Neun der zehn Kreditinstituten antworteten dabei, dass diese Auskunft nur in einem telefonischen Gespräch, nicht aber telefonisch gegeben werden könne.

Natürlich ist diese Erhebung keineswegs repräsentativ. Und doch erwecken Medienberichte über Erfahrungen dieser Art den Eindruck, dass die Branche versucht, potenzielle Kunden über die Dispo-Sätze im unklaren zu lassen. Und was für einen Grund könnte es dafür geben, als den, dass man tüchtig zulangen will, wenn man den Kunden erst einmal gewonnen hat.

Natürlich wird niemand erwarten können, dass Kreditinstitute aktiv mit den Konditionen für Überziehungskredite werben – schon allein deshalb nicht, weil es wohl kaum Ziel sein kann, möglichst viele potenzielle Problemkunden anzuziehen, die mit ihrem Konto regelmäßig im Soll sind. Ein bisschen mehr Transparenz wäre aber wohl angezeigt. Beispielsweise könnte man den jeweils gültigen Satz im Netz dort veröffentlichen, wo die Informationen zum Girokonto „auf einen Blick“ zusammengefasst werden. Solange Konditionenvergleiche an dieser Stelle zu schwierig sind, muss sich die Branche über pauschale Verdächtigungen nicht wundern. **Red.**